

08.06.2010

Gemeinsame Erklärung des Beirates der Gewerkschaft TRANSNET und des Bundeshauptvorstandes der Verkehrsgewerkschaft GDBA

Wachstum stärken, Schwache nicht weiter schwächen

Mit der Vorlage des Sparpaketes hat die christlich-liberale Bundesregierung ihr wahres Gesicht gezeigt. Klientelpolitik steht an erster Stelle, was Steuersenkungen für die Oberschicht beweisen. Mit diesem unsozialen und vor allem undemokratisch beschlossenen Sparpaket versucht die Regierungskoalition, sich selbst aus der Krise zu ziehen – stürzt aber das Land und vor allem die Menschen in eine Spirale von weniger Einkommen und höheren Abgaben. Gerade mit der so genannten Neujustierung der Sozialgesetze betreibt die Bundesregierung Raubbau am Menschen, zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Die Vorhaben der Bundesregierung sind insgesamt völlig unausgewogen und unausgegoren, weil sie die konjunkturelle Entwicklung behindern. Die Kürzungen, vor allem im sozialen Bereich, führen zu Wachstums-Hemmnissen. Dies gilt auch für den Öffentlichen Dienst. Betroffen sind hier ebenfalls Familien sowie untere und mittlere Einkommen.

Die Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA stellen sich klar und deutlich gegen dieses Sparpaket der Bundesregierung und fordern sie auf, die geplanten Einsparungen im sozialen Bereich zurückzunehmen. Unsere Gewerkschaften verlangen vielmehr, dass die Bundesregierung stärker das Ziel einer Verbesserung der Einnahmen verfolgen muss.

Dazu zählen:

- die stärkere Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise ab diesem Jahr,
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener,
- die Schließung von Steueroasen und die Einführung einer Steuer für Transaktionen am Finanzmarkt in der Europäischen Union,
- die Rücknahme der Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Übernachtungen.

TRANSNET und GDBA fordern von der Bundesregierung:

- Verzicht auf eine pauschalierte Festsetzung von Dividenden-Ausschüttungen in Höhe von 500 Millionen durch die Deutsche Bahn AG zur Haushaltssanierung. Dies führt dazu, dass dem System Schiene in erheblichem Umfang Mittel zur Finanzierung von Infrastruktur und zur Verbesserung der Verkehrsleistungen entzogen werden. Zusätzlich erhöht es den Wettbewerbsdruck und führt damit zu einem weiteren erheblichen Druck auf die Arbeitsplätze.
- TRANSNET und GDBA warnen eindringlich davor, die beabsichtigten Einsparungen innerhalb der Verwaltung des Bundesverkehrsministeriums (BMVBS) in Höhe von fast 1 Mrd. Euro in vier Jahren, auf den Investitionsbereich des ökologisch sinnvollsten Verkehrsträgers Schiene abzuwälzen. Die Politik muss vor allem im Bereich der Entwicklung besonderer Programme, die einer zeitlichen Befristung unterliegen, durch genügend Haushaltsmittel handlungsfähig bleiben.
- Die Rücknahme der geplanten Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik von 16 Mrd. Euro in vier Jahren.
- Die Rücknahme des Beschlusses zur Abschaffung der Zahlung der Rentenzuschüsse für Hartz IV Empfänger – TRANSNET und GDBA wehren

sich massiv gegen jeden Versuch, die sowieso hoch prekäre Situation im Bereich der Renten weiter zu verschlechtern.

- Die Einhaltung der in den Tarifrunden des öffentlichen Dienstes -wie z.B. für das BEV und EBA- und im Bundesbesoldungsanpassungsgesetz vorgesehenen Einkommenssteigerungen.
- Die Rücknahme der vorgesehenen Stellenstreichungen. Gerade in den Bereichen BEV und EBA herrscht heute schon eine chronische Unterbesetzung.
- Die Rücknahme des Beschlusses zur faktischen Kürzung des Weihnachtsgeldes. Die geplante Erhöhung um 2,5 Prozent in 2011 muss erfolgen.

TRANSNET und GDBA erklären, sich gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften massiv der gestern beschlossenen dramatischen sozialen Schieflage entgegenzustellen.